

ippnw 2025

jahresbericht der internationalen ärzt*innen für die verhütung des atomkrieges – ärzt*innen in sozialer verantwortung



Für Völkerrecht und Abrüstung

SCHWERPUNKTE 2025

Frieden: Gesundheit bleibt zivil!	5
Atomenergie:	
IPPNW als zivilgesellschaftliche Beobachterin	6
Soziale Verantwortung: Medical Peace Work	9
Internationales	12
Verein	13
Studierende: Vernetzt für Frieden und Gesundheit	14

ZAHLEN & FAKTEN

Die IPPNW in Zahlen	15
Bilanz	16
Mitgliederentwicklung	16
Überblick	18
IPPNW-Gruppen bundesweit	19

SONSTIGES

Impressum	13
Kontakt	20

Die Weltlage gab 2025 wenig Anlass zur Hoffnung – auch 2026 fing nicht besser an. Die Missachtung internationaler Rechtsstandards hat sich weiter verschärft. Das Bulletin of the Atomic Scientists hat die Weltuntergangsuhr auf 85 Sekunden vor Mitternacht vorgerückt. Da hatte der völkerrechtswidrige US-israelische Krieg gegen den Iran und den Libanon noch nicht einmal angefangen. Und auch die Bundesregierung treibt ihre Politik der Hochrüstung und der Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen voran.

Beim Rückblick auf 2025 gibt es dennoch Entwicklungen, die Hoffnung geben, dass wir etwas bewirken können und die Menschen erreichen. Die israelische Kriegsführung und die apokalyptische Situation in Gaza haben weltweit Empörung ausgelöst. Der Aufschwung der Friedensbewegung zeigte sich bei der Großkundgebung „All Eyes on Gaza“ in Berlin, an der über 100.000 Menschen teilnahmen. Die IPPNW hat diesen Erfolg in einem breiten Bündnis mitorganisiert. Zu diesem Thema waren wir das ganze Jahr über aktiv: Zum Beispiel haben im Mai 2025 über 1.000 Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich unseren offenen Brief zum Krieg in Gaza unterzeichnet.

Unsere Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens ist im letzten Jahr ebenfalls erfolgreich gestartet. Schon über 1.200 Menschen aus Gesundheitsberufen haben mit der Unterzeichnung der Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen deutlich gemacht, dass sie sich nicht für die „Kriegstüchtigkeit“ einspannen lassen wollen. Mit Handzetteln, Fachartikeln, Vorträgen und Protestaktionen vor Kriegsmedizin-Kongressen werben wir für ein ziviles Gesundheitssystem, das sich nicht in die Planungen zur Militarisierung einreicht. Erfreulicherweise führt das zu steigendem Interesse an einer Mitgliedschaft in unserer Organisation und zu einer Belebung der Aktivitäten in den Regionalgruppen.

Auf den Erfolgen von 2025 aufbauend, widmen wir uns den Chancen und Herausforderungen von 2026. Gemeinsam mit engagierten Partnern aus der Zivilgesellschaft wollen wir die Friedensbewegung für eine Welt ohne Aufrüstung weiter stärken.

Dr. Angelika Claußen und Dr. Lars Pohlmeier

Martin Pilgram



Konferenz in München:
„Fundamente des Friedens“

Hendrik Hassel



Sondervermögen für Aufrüstung:
Nein zur Grundgesetzänderung!

ICAN



Atomwaffenverbot:
Staatenkonferenz in New York



„Rote Linie: Völkerrecht“
Protest am Auswärtigen Amt

Januar Die Initiative „Sicherheit neu denken“ veröffentlicht das **Positiv-Szenario „Die Rolle Europas für den Frieden in der Welt“**. Es beschreibt eine mögliche nachhaltige europäische Konflikt- und Friedensordnung.

Die Kampagne „Friedensfähig statt erschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen“ veröffentlicht einen **offenen Brief** an alle Kandidierenden zur Bundestagswahl. Darin warnt die Kampagne vor der Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden und fordert neue Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Februar Die **Münchener Friedenskonferenz „Fundamente des Friedens“** mit der IPPNW-Vorsitzenden Dr. Angelika Claußen findet als Gegenveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz statt.

Das Bündnis **„Gerechter Frieden“**, in dem die IPPNW mitarbeitet, organisiert eine Kundgebung sowie die Übergabe von 44.255 Unterschriften für die Petition **„Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen und Hilfsblockade beenden!“** an den Menschenrechtsbeauftragten Lars Castellucci.

Die Initiative **„Stoppt das Töten“** veranstaltet zum dritten Jahrestag des Ukrainekrieges Aktionen und Kundgebungen in mehreren Städten. In Berlin gibt es eine Banneraktion am Bundestag.

März Anlässlich der Abstimmung im Bundestag über die Grundgesetzänderung für milliardenschwere Aufrüstung organisiert die IPPNW mit Bündnispartnern eine **Protestaktion vor dem Bundestag**. Die Organisation schreibt zudem einen Protestbrief an alle Abgeordneten des alten Bundestages.

Eine Delegation der IPPNW nimmt an der dritten **UN-Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag** in New York teil. Die Teilnehmenden führen Gespräche mit Politiker*innen, vernetzen sich mit der internationalen Antiatomwaffenbewegung und veröffentlichen Gastbeiträge in deutschen Zeitungen.

April Die IPPNW richtet einen **Brief an die Verhandler*innen des Koalitionsvertrages**. Er thematisiert atomare Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Aufrüstung und Waffenexporte nach Israel. Die IPPNW bekräftigt ihr **Nein zur Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern** an die Ukraine und fordert die neue Bundesregierung auf, sich intensiv für eine Verhandlungslösung einzusetzen.

Mai Anlässlich der Israelbesuche von Außenminister Johann Wadephul und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fordert die IPPNW eine **unabhängige Untersuchung** der Vorwürfe, dass in israelischen Gefängnissen medizinisches Personal gefoltert werde.

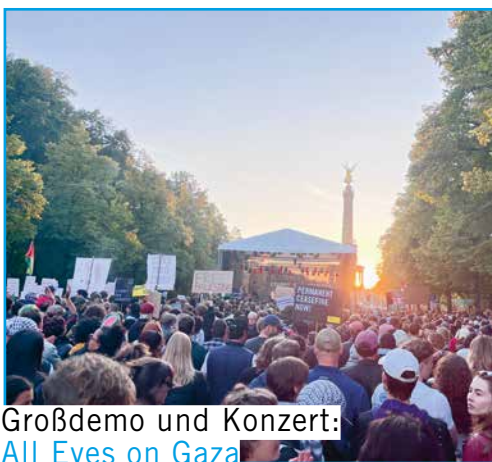
Juni Die Berliner Zeitung veröffentlicht den offenen **IPPNW-Brief zum Gazakrieg „Glaubwürdig für Menschenrechte und Völkerrecht eintreten!“**, den über 1.000 Gesundheitskräfte unterzeichnet haben. Anlässlich des Besuchs des israelischen Außenministers Gideon Sa'ar in Berlin protestieren Menschenrechtsorganisationen vor dem Auswärtigen Amt. Unter dem Titel **„Rote Linie: Völkerrecht“** setzen sie ein Zeichen gegen die anhaltenden Rechtsbrüche der israelischen Regierung sowie gegen deutsche Rüstungsexporte.



Nein zur Hochrüstung:
Unterstützung Friedensmanifest



80 Jahre danach:
Gedenken an Hiroshima & Nagasaki



Großdemo und Konzert:
All Eyes on Gaza



Bundesweite Demonstrationen
„Nie wieder kriegstüchtig“

Juni Eine Delegation trifft sich mit Jörg Walendy, dem Leiter des Nahostreferats des Außenministeriums, um für die **Freilassung von Dr. Hussam Abu Safiya** einzutreten. IPPNW-Vorstandsmitglied Uwe Trieschmann übergibt **3.700 Unterschriften** für die Freilassung des palästinensischen Arztes.

Die IPPNW begrüßt das **Friedensmanifest aus der SPD** als Anstoß für eine längst überfällige Debatte über Alternativen zur Hochrüstungspolitik. Aktivist*innen der Kampagne **„Friedensfähig statt erstschlagfähig“** bedanken sich am Rande des SPD-Parteitages mit einem Banner bei den Unterzeichner*innen.

Juli Die IPPNW appelliert an den Außenminister und den Bundeskanzler, **die Blockadehaltung Deutschlands aufzugeben** und sich im EU-Rat für eine ernsthafte und transparente Überprüfung des Assoziierungsabkommens mit Israel einzusetzen – als Ausdruck einer verantwortungsvollen und glaubwürdigen Menschenrechtspolitik.

August Zu den 80. Jahrestagen der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki organisieren viele Regionalgruppen **Gedenkveranstaltungen**. Am 9. August versammeln sich über 500 Menschen zum **IPPNW-Benefizkonzert in der Berliner Gedächtniskirche**. Bereits im Vorfeld organisiert die IPPNW mit Partnerorganisationen einen Gedenkabend sowie eine Podiumsdiskussion in Kaiserslautern. Zudem wird ein Planspiel für Schulen gestaltet und die **IPPNW-Hiroshima-Ausstellung** überarbeitet, die in vielen Städten gezeigt wird.

September Die IPPNW ist aktiv an dem Bündnis **„All Eyes on Gaza“** beteiligt, das eine große Kundgebung und Demonstration mit über 100.000 Teilnehmer*innen in Berlin veranstaltet.

Oktober Die IPPNW beteiligt sich an der Organisation der **bundesweiten Demonstration „Nie wieder kriegstüchtig!“** am 3. Oktober 2025 in Stuttgart und Berlin mit Tausenden Teilnehmer*innen.

„Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!“ Die IPPNW und andere Friedensorganisationen starten eine **Unterschriftenaktion** gegen die geplante massive Aufrüstung Deutschlands.

Die IPPNW beteiligt sich beratend an der Erarbeitung von Hintergrundinformationen zu einer Frage von **„Abstimmung 21“** zum Ukrainekrieg. 65,5 Prozent sprechen sich für einen **Stopp von Waffenlieferungen im Falle eines Waffenstillstands** aus. Die Abstimmungsergebnisse werden bei einer Veranstaltung mit der IPPNW-Vorsitzenden Dr. Angelika Claußen bekanntgegeben.

November Anlässlich der **Weltklimakonferenz** warnt die IPPNW vor einer eklatanten **Lücke in den internationalen Klimaverhandlungen**: Die Rolle von Militär und bewaffneten Konflikten als Treiber der Klimakrise bleibe weiterhin nahezu vollständig ausgeblendet.

Dezember Beim ersten **Schulstreik gegen die Wehrpflicht** gehen über 55.000 Jugendliche in 100 Städten auf die Straße. In Berlin organisiert die IPPNW gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen eine Auftaktaktion für den Protesttag vor dem Bundestag und unterstützt die Demonstration. In Hamburg beteiligt sich die Regionalgruppe mit einem Banner „Abrüsten fürs Klima!“



Gesundheit bleibt zivil!

IPPNW-Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird versucht, unser Gesundheitswesen auf kriegerische Auseinandersetzungen vorzubereiten. Die IPPNW hat auf Initiative der IPPNW-Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern im September 2025 eine Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens gestartet. Wichtiger Bestandteil ist eine Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen, zu der sich Beschäftigte aus Gesundheitsberufen öffentlich bekennen können. Schon mehr als 1.200 Menschen haben die Erklärung unterzeichnet. Die Erklärung kann online oder auf Unterschriftenlisten unterschrieben werden. Zudem wurden mehrere begleitende IPPNW-Materialien erstellt wie der Flyer „Gesundheitswesen bleibt zivil!“ oder das Faltblatt „Risiken und Nebenwirkungen der Militarisierung des Gesundheitswesens“.

Im Zuge der Vorbereitungen auf einen „Verteidigungsfall“ sollen auch Krankenhäuser kriegstauglich werden. In zahlreichen Vortrags- und Protestveranstaltungen klärte die IPPNW Mitarbeiter*innen des Gesundheitswesens über diese Planungen auf. Im April organisierte IPPNW-Vorstandsmit-

glied Robin Maitra gemeinsam mit dem Verein demokratischer Ärzt*innen eine Veranstaltung zum Thema „Resilienz und Militarisierung des Gesundheitswesens“ in der Landesärztekammer Baden-Württemberg. Anfang September erörterte die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen gemeinsam mit Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht, auf einer Veranstaltung von Verdi Nordrhein-Westfalen die weitreichenden Folgen der Militarisierung für Gesundheitsstrukturen und Beschäftigte.

Im Rahmenplan „Zivile Verteidigung Krankenhäuser Berlin“ der Berliner Senatsverwaltung werden erste konkrete Schritte geplant. Unter dem harmlos klingenden Titel „Zivile Verteidigung der Berliner Krankenhäuser“ lud die Charité im Juli 2025 alle Beschäftigten der Berliner Krankenhäuser zu einer Infoveranstaltung ein. Mit dabei: Oberst Urs Zimmermann von der Bundeswehr. IPPNW-Mitglieder und -Studierende protestierten mit einem IPPNW-Banner „Nein zur Militarisierung des Gesundheitswesens“ am Eingang und verteilten Flyer „Gesundheitswesen bleibt zivil“. Im Rahmen des Symposiums „Zivile

Notfall- und Rettungsmedizin. Bevölkerungsschutz“ an der Charité sollte Oberst Zimmermann im November 2025 erneut über den „Operationsplan Deutschland“ sprechen. Ein breites Bündnis von Organisationen aus dem Gesundheitsbereich kündigte im Vorfeld Proteste gegen diese Veranstaltung an, die beispielhaft für eine Militarisierung des Gesundheitswesens steht. Daraufhin wurde der Offizier kurzfristig wieder vom Symposium ausgeladen. Die Berliner Zeitung berichtete ausführlich.

Die IPPNW setzt sich auch in 2026 mit einer Online-Fortbildungsreihe und zahlreichen Vortragsveranstaltungen zum Beispiel auf Kongressen entschieden gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens ein. Die Aufgabe aller Beschäftigten des Gesundheitswesens bleibt die Versorgung der Patient*innen – nicht die Unterstützung militärischer Planungen.

Weitere Informationen:

ippnw.de/frieden

ippnw.de/atomwaffen



IPPNW als zivilgesellschaftliche Beobachterin

Engagement gegen Atomenergie und für Klimagerechtigkeit

Als zivilgesellschaftliche Beobachterin nahm die IPPNW im Juni 2025 an der Zwischenkonferenz der COP-Gipfel teil. Die IPPNW ist als zivilgesellschaftliche Beobachterorganisation bei den Verhandlungen unter der Klimarahmenkonvention akkreditiert. Sie kann daher mit offiziellen Delegationen an den Konferenzen teilnehmen. Hierzu gehören auch die jährlichen Vorbereitungs- und Zwischenkonferenzen, die am Sitz des UN-Klimasekretariats in Bonn stattfinden.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) nutzte die Zwischenkonferenz als Gelegenheit, um für „innovative Finanzierungswege“ zur Erschließung „sauberer Energien wie der Atomenergie“ zu werben. Diese Pläne reihen sich ein in Versuche, ein AKW-Comeback unter dem Mantel des Klimaschutzes zu erreichen und der für sich unrentablen Atomindustrie neue Finanzierungswege zu erschließen.

Anlässlich der Konferenz erarbeiteten wir in Zusammenarbeit mit mehreren Organisationen einen Report über die Pläne zahlreicher afrikanischer Staaten, in die Atomenergie einzusteigen. Die Kritik

zielte unter anderem auf die sich andeutende Entscheidung der Weltbank, künftig auch in neue AKW zu investieren. In Bonn suchten wir daher das Gespräch mit Delegierten und hielten Workshops im zivilgesellschaftlichen Klimacamp, das die Konferenz kritisch begleitete.

Mit einer weiteren Studie rückten wir den CO₂-Fußabdruck des Militärs im Allgemeinen und der NATO-Aufrüstung im Besonderen (Fünf-Prozent-Ziel) in den Fokus. Militärische Emissionen werden im Klimaberichtswesen nach dem Pariser Abkommen weiterhin nicht berücksichtigt. Zudem verschlingt die Aufrüstung Ressourcen, die gerade auch für die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels benötigt werden.

Auch außerhalb der Zwischenkonferenz lagen die Schwerpunkte unserer IPPNW-Arbeit auf dem fortlaufenden Engagement gegen die AKW-Laufzeitverlängerungen in unseren Nachbarländern und für die Vollendung des hiesigen Atomausstiegs, also die Beendigung der Brennelementefertigung und der Urananreicherung in der Bundesrepublik. Als im Bundestagswahlkampf zu Jahresbeginn mal wieder nach der Atomenergie geru-

fen wurde, reagierten wir als IPPNW mit Fakten gegen die gängigsten Atommythen. Die Atomenergie ist weltweit nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Ihre großen Treiber sind die Atomwaffenstaaten. Gerade deshalb bleibt es wichtig, der Rhetorik einer vermeintlichen nuklearen Renaissance argumentativ entgegenzutreten und einer Normalisierung dieses Pro-Atom-Diskurses vorzubeugen.

Selbst der Generaldirektor der IAEO, Rafael Grossi, warnte im vergangenen Jahr in einem vielbeachteten Interview von einer unberechenbaren und gefährlichen Welt mit 20 bis 25 atomar bewaffneten Staaten. Als IPPNW haben wir die Rolle der Atomenergie bei der Herstellung von Atomwaffen und die Aufrechterhaltung ihrer Einsatzfähigkeit immer wieder in der Öffentlichkeit thematisiert. Zu einer effektiven Abrüstung gehört langfristig der Ausstieg aus der Atomstromproduktion.

Weitere aktuelle Informationen:
ippnw.de/atomenergie



Super-GAU von Fukushima:
Kazaguruma-Demo in Berlin



Bern
Protest gegen AKW-Pläne



Tschernobyl-Jahrestag
Kundgebung in Neckarwestheim



Grenzenloses Risiko
Pressekonferenz in Stuttgart

Januar Das Jahr startet mit einem Comeback der Atommythen. Die IPPNW widerlegt in einem Flyer die **sieben gängigsten Fehleinschätzungen und Falschbehauptungen** zur Atomenergie im Bundestagswahlkampf.

Dr. Angelika Claußen, Vorstandsmitglied der IPPNW, Dr. Jörg Schmid, AK Atomenergie, und Patrick Schukalla, Energiereferent der IPPNW, führen ein **Gespräch mit der Bundesatomaufsicht im Umweltministerium** und setzen sich für eine deutsche Forderung gegenüber der Schweiz ein: Die Laufzeitverlängerung des grenznahen AKW Leibstadt soll zurückgenommen werden.

Februar Anwohner*innen des AKW Leibstadt **klagen vor Gericht ihre Mitspracherechte** ein. Der Prozess wird von Greenpeace, der Schweizerischen Energie-Stiftung und dem Trinationalen Atomschutzverband (TRAS), dem die IPPNW angehört, begleitet.

Ungeachtet der neuen Atompläne der belgischen Regierung hat die endgültige Stilllegung des Alt-AKW Doel 1 bei Antwerpen begonnen. Die IPPNW, Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände begrüßen die Stilllegung, **kritisieren jedoch die Ankündigung der neuen belgischen Regierung**, die Laufzeiten der Reaktoren Doel 4 und Tihange 3 um weitere zehn Jahre zu verlängern und sogar neue AKWs bauen zu wollen.

März 1.793 Unterstützer*innen unterzeichnen die **IPPNW-Fukushima-Anzeige**, die die Visionen der Atom- und Rüstungslobby von einer nuklearen Renaissance kritisiert. Die Anzeige erscheint am 14. Jahrestag der Atomkatastrophe in der Süddeutschen Zeitung.

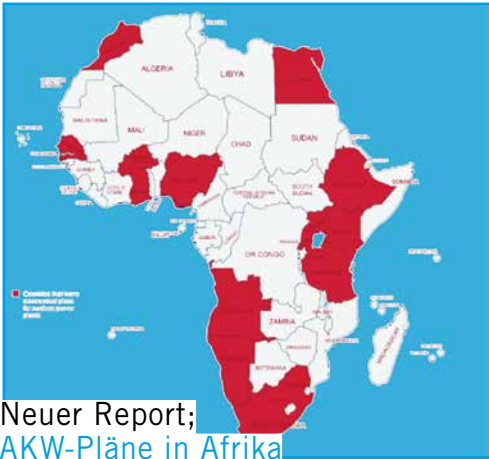
Am Jahrestag von Fukushima findet in Dortmund eine **Vortragsveranstaltung zu aktuellen atomaren Risiken** statt. Die Referent*innen Yoko Schlütermann, Felix Ruwe und Jürgen Huesmann informieren zur Strahlensituation in Fukushima, zu den Gefahren von Atomtransporten und zu den Vorbereitungen des Gesundheitswesens auf einen Atomkrieg. Auf der **Kazaguruma-Demonstration** in Berlin spricht Dr. Alex Rosen für die IPPNW. In Bern protestieren Mitglieder der deutschen und Schweizer IPPNW gemeinsam gegen den geplanten Bau neuer AKW.

April Anlässlich des **Jahrestages von Tschernobyl** finden **Mahnwachen und Gedenkveranstaltungen** statt. Vor dem AKW Neckarwestheim spricht Dr. Jörg Schmid von der IPPNW – 39 Jahre nach dem Super-GAU und zwei Jahre nach dem endgültigen Ende der deutschen Atomstromproduktion.

Mai Auf zwei Seiten und in sieben Argumenten: Das **IPPNW-Papier zu den Risiken und Nebenwirkungen der Atomenergie** erscheint in aktualisierter Fassung.

Juni „Schweizer AKW: Grenzenloses Risiko“, eine neue **Studie des Trinationalen Atomschutzverbands**, an der Dr. Angelika Claußen für die IPPNW mitgearbeitet hat, kommt zu dem alarmierenden Ergebnis, dass Deutschland stärker von einem schweren Unfall in einem Schweizer AKW betroffen wäre als die Schweiz selbst. Bei der Vorstellung der Studie in der Landespressekonferenz in Stuttgart weist Dr. Angelika Claußen auf die nach einem schweren Atomunfall zu erwartenden massiven Gesundheitsschäden hin: „Aufgrund der grenznahen Lage der Schweizer AKW ist

„The Nuclear Energy Misadventure“



Neuer Report;
AKW-Pläne in Afrika

Bündnis AgriEL



Sanktionslücken schließen;
Erklärung zur Rosatom-Kooperation

© TinoGrafert



Für die Abschaltung:
Protest am Reaktor Garching

Antonio Batinic / pixels.com



IPPNW-Fortbildungsreihe
Fachwissen zu Niedrigstrahlung

Juni mit akuten Strahlenschäden wie Strahlenkrankheit, Unfruchtbarkeit und Fehlbildungen bei Neugeborenen zu rechnen.“

In dem **Report „The Nuclear Energy Misadventure“** warnt die IPPNW in Kooperation mit vielen Organisationen vor der Atomenergie als Scheinlösung für die Klimakrise in Afrika. Als zivilgesellschaftliche Beobachterin kritisiert sie entsprechende Vorstöße für Atomenergie auf der 62. Bonner UN-Klimazwischenkonferenz und sucht das Gespräch mit den Delegierten. Die IPPNW ist mit Workshops auf dem begleitenden Klimacamp präsent.

Unter dem Motto **„Sanktionslücken schließen: Atomgeschäfte mit dem Kreml in Lingen und Gronau beenden“** kritisiert die IPPNW gemeinsam mit anderen Organisationen die geplante Kooperation zwischen Framatome und Rosatom in Lingen. „Atomkraft ist keine Energie wie jede andere. Sowohl in Frankreich als auch in Russland sichert sie die Einsatzfähigkeit nuklearer Massenvernichtungswaffen“, betont die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

Juli Um gegen die geplanten Laufzeitverlängerungen der Schweizer Atomkraftwerke vorzugehen, führen Dr. Jörg Schmid, Dr. Angelika Claußen und Claudia Richthammer ein **Gespräch mit der Landesatomaufsicht im Umweltministerium Baden-Württemberg.**

September Die IPPNW Deutschland und die IPPNW Schweiz fordern eine **Überprüfung**, ob die Schweiz mit den Laufzeitverlängerungen des AKW Leibstadt ihre **Verpflichtungen im Sinne der Espoo-Konvention** verletzt hat und wenden sich an das zuständige Sekretariat der UN-Wirtschaftskommission für Europa. Im Oktober diskutiert das Komitee der Espoo-Konvention die Argumentation der IPPNW und nimmt den Fall zur weiteren Prüfung an.

Oktober Das Anti-Atom-Bündnis protestiert am Forschungsreaktor Garching für dessen Abschaltung und gegen den Transport von Atommüll mit waffenfähigem Uran ins Zwischenlager Ahaus.

„Grenzenloses Risiko“: Dr. Jörg Schmid (IPPNW) stellt gemeinsam mit Armin Simon (.ausgestrahlt) die Studie zur Gefährdung durch Schweizer Alt-AKW in Stuttgart vor.

November Die IPPNW organisiert die **Fortbildungsreihe „Niedrigstrahlung und ihre Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit“**, die online bei der Ärztekammer Hamburg stattfindet. Dr. Alex Rosen (IPPNW) informiert über Studienergebnisse zu Niedrigstrahlenschäden bei Menschen rund um Atomanlagen, Atomwaffentestgebiete, Fukushima, Tschernobyl und Uranminen. Prof. Dr. Alfred Böcking (IPPNW) erklärt die biologischen Grundlagen und die Epidemiologie von Gesundheitsschäden durch ionisierende Niedrigstrahlung. Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann (Universitätsmedizin Greifswald) trägt neue Erkenntnisse aus der Epidemiologie der Gesundheitsrisiken durch niedrige Strahlendosen vor.

Dezember Claudia Richthammer (IPPNW) nimmt an einem **Informationsaustausch zwischen Umweltverbänden und der Atomaufsicht** im Stuttgarter Umweltministerium über Katastrophenschutzplanung und grenzüberschreitende Atomgefahren teil.



Medical Peace Work

Wie können sich Gesundheitsfachkräfte für Frieden einsetzen?

Medizinische Friedensarbeit ist seit Jahren ein fester Bestandteil unserer Bildungsarbeit. Eine umfassende Anzahl an englischsprachigen Bildungsmaterialien wurden bereits im Zeitraum 2005 – 2017 erstellt, seit dem beschäftigen sich IPPNW-Studierendengruppen in verschiedenen Ländern mit dem Thema.

Dabei geht und ging es immer darum, grundlegende Kenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung für angehende Gesundheitsfachkräfte aufzubereiten, praktische Fähigkeiten im Bereich der Deeskalation und Friedensarbeit zu vermitteln und Anknüpfungspunkte an das eigene Handlungsfeld zu finden.

Im Jahr 2025 haben wir diesem Ansatz in unseren Angeboten für junge Gesundheitsfachkräfte und unseren Netzwerkaktivitäten verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet. Im März organisierten wir in Berlin-Kreuzberg die IPPNW Medical Peace Academy mit 23 Teilnehmer*innen und einem mehrköpfigen Orga-Team. Das Wochenendseminar bot eine vielseitige Auseinandersetzung mit der Verbindung von Gesundheit und Frieden. Im Fokus

standen aktuelle Herausforderungen wie etwa die psychosoziale Unterstützung in Kriegsgebieten und die Rolle von Gesundheitsfachkräften in Konfliktregionen – etwa am Beispiel sudanesischer Geflüchteter in Uganda.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Militarisierung im Gesundheitssektor, die in Kleingruppen kritisch diskutiert wurde. Praktische Workshops zu Lobbytraining und Gewaltfreier Kommunikation vermittelten konkrete Handlungsansätze für Beruf und politischen Aktivismus. Ein Planspiel zu einem fiktiven Atomangriff in Berlin veranschaulichte die Relevanz unseres Engagements gegen Atomwaffen. Die Teilnehmenden schätzten besonders den interdisziplinären Austausch, die vielfältigen Methoden und die Möglichkeit, eigene Erfahrungen einzubringen.

Desweiteren gaben wir das Kursbuch 1 „Health Workers, Conflict and Peace“ der Reihe „Medical Peace Work“ in einer vollständig überarbeiteten und erweiterten Ausgabe heraus. Das 169-seitige Kursbuch umfasst theoretische und praktische Inhalte, sowie eine Vielzahl an Reflexionsfragen und Fallbeispielen. Dabei

nimmt es die Rolle von Gesundheitsfachkräften und die Entwicklung praktischer Fähigkeiten in den Fokus.

Die Neuauflage integriert vor allem intersektionale und dekoloniale Ansätze in der Friedensforschung und ist damit für Studierende und Fachkräfte weltweit relevant. Sie wurde im Rahmen eines Workshops zu intergenerationaler Friedensarbeit auf dem IPPNW Weltkongress im Oktober in Nagasaki veröffentlicht.

Das Kursbuch ist als E-Book kostenlos verfügbar.

Weitere aktuelle Informationen:
medicalpeacework.org
ippnw.de/soziale-verantwortung



Workshops für Gesundheitskräfte:
Wie handeln bei Abschiebungen?



Menschenrechte:
Reise in die Türkei



Medizinische Friedensarbeit:
Peace Academy in Berlin



Summer School
Climate Justice, Health & Peace

Januar Im Laufe des Jahres geben Mitglieder des AK Geflüchtete und die IPPNW-Geschäftsstelle **Fortbildungen zu den Rechten und Möglichkeiten von Gesundheitsfachkräften in Abschiebesituationen**. Es finden Workshops auf dem ver.di-Krankenhausratsschlag, in psychosozialen Zentren und an der Charité statt. Dort ist es die Berliner IPPNW-Studigruppe: Sie organisiert erfolgreich zwei **Workshops an der Humboldt-Universität**, die bei Medizinstudierenden wie Berufstätigen auf großes Interesse stoßen.

Die **IPPNW-Meldestelle** berät interessierte Personen und dokumentiert mehrere Abschiebungen, darunter die brutale Abschiebung eines Mannes aus der geschlossenen Psychiatrie in Osnabrück am 25. Januar nach Gambia. Die zeitliche Verteilung der Meldungen lässt vermuten, dass es einen Zusammenhang zwischen Abschiebungen und Wahlkampfzeiten gibt.

März Vom 15. bis 28. März 2025 bereist eine **Delegation des Arbeitskreises Menschenrechte Türkei** den Südosten der Türkei, um sich dort mit zahlreichen Vereinen, Initiativen und Vertreter*innen der kurdischen Zivilgesellschaft zu treffen. Ziel der Reise ist es, sich über die aktuelle menschenrechtliche Situation sowie über Entwicklungen innerhalb der kurdischen Zivilgesellschaft zu informieren und die langjährige solidarische Vernetzung weiter zu vertiefen. Auch der fachliche Austausch zu psychosozialer und Trauma-Arbeit wird im Rahmen eines **Fachtags zur psychosozialen Versorgung** von Betroffenen politischer Gewalt in Diyarbakir fortgesetzt. Im Anschluss an die Reise berichten Delegationsmitglieder auf mehreren Veranstaltungen über ihre Eindrücke und Analysen. Zudem werden die Ergebnisse der Reise in der **IPPNW-Publikation „(K)eine Hoffnung auf Frieden“** dokumentiert.

23 Studierende und junge Berufstätige aus dem Gesundheitswesen nehmen an der **IPPNW Peace Academy zur medizinischen Friedensarbeit** teil. Sie diskutieren grundlegende Fragen zu Frieden und Gewalt und verbinden diese mit den eigenen Erfahrungen im Gesundheitsberuf.

Mai Dank wesentlicher Vorarbeit des IPPNW-Arbeitskreises Geflüchtete und Asyl beschließt der **129. Deutsche Ärztetag** vom 27.–30. Mai in Leipzig mit großer Mehrheit, die Landesbehörden aufzufordern, Abschiebungen aus Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen für unzulässig zu erklären. Im Nachgang verleiht die IPPNW der Aufforderung mit **Briefen an die zuständigen Behörden** Nachdruck und bietet den politisch Verantwortlichen Gespräche an.

Die IPPNW ist inzwischen fester Bestandteil im **Wahlpflichtmodul „Globale Gesundheit“** an der Charité. Am 22. Mai und am 13. November halten wir einen Vortrag zu Medical Peace Work.

August/September Die **Global Health Summer School** findet vom 31. August bis 6. September 2025 in den Räumlichkeiten des Refugio Berlin statt – unter dem Thema **„Linking Climate Justice, Health and Peace“**. Das Programm untersucht die Zusammenhänge zwischen Gewalt, Klimagerechtigkeit und globaler Gesundheit. 22 Studierende und junge Berufstätige aus verschiedenen Ländern nehmen teil, darunter Deutschland, Kenia, Nepal und Sambia.



Zeugenschaft als Widerstand:
Zivilgesellschaftlicher Austausch



World Health Summit:
Conflict, Militarism and Health

World Health Summit / Youtube



Neuer Flyer:
Militarisierung von Grenzen



Stellungnahme:
Aide-Mémoire zu Menschenrechten

© Palestinian Red Crescent Society

Vom 31. August bis 14. September 2025 besucht eine sechsköpfige **Gruppe von Menschenrechtsaktivist*innen** aus Diyarbakir und Van Deutschland auf Einladung des **Arbeitskreises Menschenrechte Türkei** der IPPNW. Die Reise führt nach Karlsruhe, Bochum und Berlin und dient dem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte, psychosoziale Arbeit, Medizin und Frauenrechte. Neben Treffen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren finden vier **öffentliche Veranstaltungen** statt. Themen sind der Friedensprozess in der Türkei, Selbstverwaltung und Menschenrechte sowie die Situation politischer Gefangener in der Türkei und Deutschland. Ein weiterer Höhepunkt ist der Fachtag **„Zeug*innenschaft als Widerstand – Kurdische Perspektiven auf Trauma und Gerechtigkeit“** am 12. September in Berlin, der gemeinsam mit dem Bundesverband Psychosozialer Zentren (BAfF) organisiert wird und rund 70 Teilnehmer*innen zusammenbringt.

Oktober Auf dem **World Health Summit** in Berlin organisiert das Genfer Büro der internationalen IPPNW am 13. Oktober einen gut besuchten Vortrag mit dem Titel „Conflict, Militarism and Health – An Agenda for Action“. Am 14. Oktober veranstaltet die Deutsche Plattform für Globale Gesundheit, in der die IPPNW mitwirkt, ein Side Event „Defending the Right to Health“.

Der IPPNW-Arbeitskreis Geflüchtete & Asyl beschäftigt sich vertieft mit der **Aufrüstung und Militarisierung der EU-Außengrenzen** und veröffentlicht einen Flyer der Reihe **„Risiken und Nebenwirkungen“** zu diesem Thema.

November Die IPPNW hat sich im Herbst 2025 zum Thema **„Zukunft für alle! Keine Abschiebung aus Schutzräumen“** mit Akteur*innen aus Bildung und Erziehung, medizinischen Einrichtungen und Engagierten aus dem Kirchenasyl vernetzt. Daraus resultiert die Unterstützung bei der erfolgreichen Einbringung eines Antrags zur Unzulässigkeit von Abschiebungen aus Schutzräumen – etwa Krankenhäusern, Schulen und Kindertagesstätten – auf der **Tagung der EKD-Synode** im November in Dresden.

Dezember Die IPPNW beteiligt sich an der Neugründung der **AG Frieden und Menschenrechte des Forum Menschenrechte** und wirkt mit zwei sogenannten **Aide-Mémoires** (Frieden und Menschenrechte, Israel-Palästina) an der jährlichen Zusammenstellung von Analysen und Empfehlungen zur Menschenrechtspolitik für das Auswärtige Amt mit. Bei einem **Lobby-Treffen mit Außenminister Wadepful** am 10. Dezember werden die Aide-Mémoires übergeben.

Die IPPNW unterstützt die Verfassung und Einreichung einer **Kleinen Parlamentarischen Anfrage** an die Bundesregierung, um **Ausmaß und Entwicklungen der Abschiebepaxis aus Gesundheitseinrichtungen** in Erfahrung zu bringen. Die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort keinerlei Informationen mit dem Argument, dass der Vollzug von Gesetzen Ländersache sei. Sie offenbart darin ein völliges Desinteresse an den Menschenrechten ausreisepflichtiger Personen.



„Target-X“-Aktion in Genf:
Europäisches IPPNW-Treffen

April Beim **europäischen Treffen der IPPNW** in Genf vom 11. bis 13. April 2025 treffen sich 50 IPPNW-Mitglieder und Medizinstudierende. Hier befindet sich das neue europäische IPPNW Liaison Office. Das Genfer Büro hat sich erfolgreich für einen Beschluss der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2025 eingesetzt: Die WHO soll sich künftig mit den gesundheitlichen Folgen von Atomwaffen und Atomkriegen befassen. Die Teilnehmer*innen verabschieden zudem eine Erklärung „Für ein erneuertes Engagement für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Europa“. Diese unterstreicht die gemeinsame Mission, Leben und Gesundheit zu schützen, einen Atomkrieg zu verhindern und sich gemeinsam für den Frieden einzusetzen. Auch eine gemeinsame „Target X“-Aktion fand in Genf statt. Die Botschaft: Städte dürfen niemals Ziele von Massenvernichtungswaffen sein.



Überlebende von Atomtests:
„To survive is to resist“

Mai Vom 4. bis 13. Mai 2025 findet eine **Delegationsreise von Überlebenden von Atomwaffentests** nach Deutschland statt. Mit dabei waren Aigerim Seitenova und Aigerim Yelgely aus Kasachstan sowie Hinamoeura Morgant-Cross und Tamatoa Tepuhiarii aus Französisch-Polynesien. Yerdaulet Rakhmatulla aus Kasachstan begleitet die Delegation als Dolmetscher und Experte. In vier Städten sprechen unsere Gäste in sehr bewegenden Veranstaltungen über ihre Erfahrungen und wie die Atomwaffentests ihre Leben bis heute beeinflussen. Zudem zeigt Aigerim Seitenova ihre selbstproduzierte Dokumentation „JARA“ über die spezielle Betroffenheit von Frauen und ihre persönliche Geschichte. Zusätzlich führen die Überlebenden Hintergrundgespräche, etwa mit der Bürgermeisterin von Bonn und mit Mitarbeiter*innen des Auswärtigen Amts.



Blick über den Tellerrand:
famulieren und engagieren

Juli Im Juli 2025 organisiert die Berliner Studierendengruppe mit der Palestine Medical Students' Association (PMSA) einen vier-tägigen **Online-Hackathon** – ein intensives, bereicherndes Projekt, das aus dem Wunsch entstand, das **Refugee Camp Project** (ReCap) wiederzubeleben, das wegen der massiven Gewalt in Gaza und dem Westjordanland ausgesetzt werden musste. Re-Cap, das ursprünglich als Präsenzprojekt in der Westbank stattfand, ermöglicht seit Jahren den internationalen Austausch von Medizinstudierenden und schafft Raum für Begegnung, Lernen und Solidarität. Es war bis 2023 Teil des IPPNW-Programms „famulieren und engagieren“.

August Das **Austauschprogramm für Medizinstudierende „famulieren und engagieren“** findet nach einjähriger Pause wieder statt. Insgesamt reisen elf Studierende für zwei Monate ins Ausland und werden größtenteils von IPPNW-Ärzt*innen und/oder Studierendengruppen betreut – leider ohne Beteiligung von Israel und Palästina. Vier Gaststudierende aus Nepal, Kenia und Japan kommen im Jahr 2023 für eine Famulatur und die Teilnahme an der Global Health Summer School mit dem Programm nach Deutschland. Das Programm ist in eine intensive Vor- und Nachbereitung eingebettet.



IPPNW-Weltkongress:
Neue Impulse aus Nagasaki

Oktober 80 Jahre nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki findet der **24. IPPNW-Weltkongress in Nagasaki** statt. Daran nehmen über 350 Menschen aus 38 Ländern teil: Ärzt*innen, Wissenschaftler*innen, Studierende und Aktivist*innen von IPPNW, ICAN, Pugwash und Nihon Hidankyo, der Organisation der Atombombenopfer in Japan. 30 Teilnehmende kommen aus Deutschland.



Intensiver Austausch:
Regionale Treffen im Januar



IPPNW-Jahrestreffen:
Nein zur Militarisierung
des Gesundheitswesens!



Grund zum Feiern:
40 Jahre Friedensnobelpreis

Januar Am 25. Januar finden die Regio Nord in Güstrow mit 40 Teilnehmer*innen und Regio Süd in Stuttgart mit 60 Teilnehmer*innen statt. Thema beider Veranstaltungen ist unter anderem die Militarisierung des Gesundheitswesens.

Mai 150 Mitglieder der IPPNW nehmen vom 9.-11. Mai 2025 am IPPNW-Jahrestreffen in Berlin teil. Der Vortrag von Prof. Theresia Koloma Beck „**Krieg und Gesellschaft: Sozialer Wandel in der Zeitenwende**“ erhält viel positives Feedback, ebenso wie der inspirierende Vortrag von Prof. Dr. Annelie Keil. Die Mitglieder fordern von der Bundesregierung auf der Mitgliederversammlung ein grundsätzliches Umsteuern von der Kriegsvorbereitung hin zu einer Friedensorientierung. Außerdem beschließen sie eine **Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens**. Dr. Angelika Claußen und Dr. Lars Pohlmeier werden auf dem Jahrestreffen als Co-Vorsitzende bestätigt.

Juni **Dr. Barbara Hövener**, Mitbegründerin der Berliner Ärzteinitiative gegen Atomenergie und der bundesdeutschen Sektion der IPPNW, sowie deren langjähriges Vorstandsmitglied, Schatzmeisterin und International Councillor, stirbt am 11. Juni 2025 in Berlin. Mit ihr verliert die IPPNW eine langjährige Mitstreiterin gegen Atomenergie und Atomwaffen.

Oktober Zum **40. Jahrestag der Friedensnobelpreisverleihung an die IPPNW** gestaltet die Geschäftsstelle auf der Homepage eine **Sonderseite** mit Zitaten der IPPNW-Gründer Bernard Lown und Jewgeni Tschasow. Veröffentlicht werden auch die damaligen Reden in Oslo u.a. von dem Vorsitzenden des Norwegischen Nobelkomites Egil Aarvik. Dr. Odette Klepper berichtet über eine Veranstaltung im Herbst 1986 mit dem damaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und damaligen Bundesärztekammerpräsidenten Karsten Vilmar.

Dezember Die IPPNW trauert um das Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied der deutschen IPPNW **Prof. Dr. Ulrich Gottstein**, der am 30. Dezember 2025 im Alter von 99 Jahren verstirbt. Der Mitbegründer der bundesdeutschen Sektion der IPPNW (1982) war eine der führenden Persönlichkeiten der Friedensorganisation. Er hatte zahllose leitende Positionen innerhalb und außerhalb der IPPNW inne. Mit der Paracelsus-Medaille (2011) hat er zudem höchste Ehrungen der deutschen Ärzt*innenschaft erhalten und war Träger des Bundesverdienstkreuzes (1992).

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzt*innen für die Verhütung des
Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer
Verantwortung e. V.

Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin
Telefon: 030 698 074-0 Fax: 693 81 66
ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

Spendenkonto: IPPNW e.V., GLS-Bank
IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01
BIC: GENODEM1GLS, ippnw.de/spenden

Mitarbeit: Juliane Hauschulz, Anne Jurema,
Dr. Caroline Kann, Dr. Christoph Neeb, Patrick
Schukalla, Angelika Wilmen, Laura Wunder

V.i.S.d.P.: Dr. Lars Pohlmeier

Redaktion: Marek Voigt, Regine Ratke

Satz: Regine Ratke

Bildnachweise: nicht gekennzeichnete
Fotos aus dem IPPNW-Archiv oder privat.



Vernetzt für Frieden und Gesundheit

IPPNW-Studierende: Internationale Begegnungen und ein starkes Signal für zivile Medizin

Die Studierenden der IPPNW waren 2025 an mehreren Standorten in Deutschland, insbesondere in Berlin, Hamburg und Jena, sowie auf internationaler Ebene aktiv. Ein Kernthema wurde uns von der Politik vorgegeben: Die Militarisierung des Gesundheitswesens betrifft uns als angehende Ärzt*innen und Angehörige von Heilberufen unmittelbar. In Diskussionen in lokalen Bündnissen und bei Informationsveranstaltungen auf dem Campus haben wir Positionen ausgetauscht, die anschließend bei Demonstrationen nach außen getragen wurden. Als Studierende der IPPNW positionieren wir uns klar gegen eine Medizin im Dienst des Krieges und setzen uns für ein ziviles Gesundheitswesen ein.

Diese Bestrebungen machten wir daher auch zum zentralen Thema des IPPNW-Studierendentreffens. Ein Wochenende lang befassten wir uns dort in Workshops und Vorträgen mit friedenspolitischen Themen. Das Wochenende dient vor allem auch dem persönlichen Austausch und der Stärkung der IPPNW-Studieren-

den-Community, dem Vernetzen, Ideensammeln und Planen neuer Aktionen. Dazu zählen neuerdings auch ein „Buddy“-Programm, das der intergenerationalen Vernetzung von Studierenden mit erfahrenen IPPNW-Mitgliedern dient.

Über die Hochschulgruppen hinweg arbeiteten wir gemeinsam an Projekten. So haben wir den Workshop „Abschiebung aus dem stationären Kontext“, der bereits letztes Jahr viel Aufmerksamkeit am Berliner Campus erregte, überarbeitet und erneut durchgeführt. Zur Tradition der Berliner Studierendenarbeit ist die jährliche „Atomwaffeln“-Spendenaktion geworden, die im vergangenen Jahr auf einem Weihnachtsmarkt stattfand.

Auf internationaler Ebene stach im Jahr 2025 zunächst das europäische IPPNW-Treffen in Genf heraus, bei dem Studierende aus Schweden, Österreich, Norwegen, Deutschland und den Niederlanden zusammenkamen. Im Sommer fand in Berlin die IPPNW Summer School statt. Unter dem Motto „Linking Climate Justice, Peace and Health“ kamen junge

Menschen aus vielen verschiedenen Teilen der Welt für eine Woche zusammen, um die Zusammenhänge zwischen Klimagerechtigkeit, Gesundheit und Frieden zu diskutieren und neue Freundschaften zu knüpfen. Ein weiterer internationaler Höhepunkt war für uns der IPPNW-Weltkongress, der zum 80-jährigen Gedenken an die Atombombenabwürfe in Japan stattfand. Von der achtägigen Fahrradtour von Hiroshima nach Nagasaki sowie vom Weltstudierendenkongress und der dreitägigen Konferenz nahmen wir zahlreiche Eindrücke, neu erworbenes Wissen und vor allem Hoffnung mit.

Zusammenfassend war 2025 ein ereignisreiches Jahr, gefüllt mit neuen Kooperationen, neuen Mitgliedern und vielen Ideen. All dies hat die Studierendengemeinschaft der IPPNW wesentlich gestärkt. Wir gehen hoch motiviert ins neue Jahr, freuen uns auf die bevorstehenden Aktionen und heißen neue, interessierte Studierende herzlich willkommen!

Weitere Informationen:
www.ippnw.de/bit/studis



Die IPPNW in Zahlen

Finanzbericht 2025

Die finanzielle Situation der deutschen IPPNW ist im Wesentlichen geprägt von drei Entwicklungen: Erstens von immer mehr Herausforderungen durch Kriege und Kriegsvorbereitungen und zweitens von einer älter werdenden Gesellschaft und damit einer älter werdenden Mitgliedschaft. Drittens hat der Verein den wichtigen Schritt unternommen, die finanziellen Rücklagen in eine Immobilie zu verschieben, was ihn unabhängig von der Mietpreisentwicklung und damit krisenfester macht. Aus allen drei Entwicklungen folgt, dass es nötig ist, gut zu haushalten, die Einnahmenseite zu stabilisieren und die Ausgabenseite immer im Blick zu haben.

Die Beitragseinnahmen sind 2025 gegenüber 2024 um etwa 3,6 Prozent gesunken, das heißt um 24.000 Euro. Dies wurde mehr als ausgeglichen durch die hohe Spendenbereitschaft der Mitglieder und Förder*innen, für die wir uns nur bedanken können. Der Spendeneingang lag 50.000 Euro über dem Wert von 2024 (370.000 gegenüber 320.000 Euro).

Außerdem gab es einige wirkungsvolle Projekte, die durch Drittmittel gefördert wurden: zum Beispiel die Vortragsreise mit Überlebenden von Atomtests („To survive is to resist“) und die Global Health Summer School. Beide Projekte wurden insgesamt mit rund 50.000 Euro gefördert, vor allem aus dem Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung (FEB) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Die Personalkosten waren 2025 mit 743.000 Euro wegen Personalwechsellern, Überschneidungen sowie Tariferhöhungen höher als in den Vorjahren – sie werden aber im Jahr 2026 mit rund 700.000 Euro wieder deutlich niedriger liegen.

Es wurden im vergangenen Jahr wichtige Schritte in verschiedenen Bereichen unternommen, um IPPNW-Mitglieder in ihrem Engagement zu unterstützen und neue Mitglieder zu gewinnen. Um nur ein paar zu nennen: die Kampagne für ein ziviles Gesundheitswesen, das Bildungsprojekt für medizinische Friedens-

arbeit Medical Peace Work, die IPPNW Peace Academy für jüngere Menschen; die Global Health Summer School, das Austauschprogramm „famulieren & engagieren“, die Arbeit für den Atomwaffenverbotsvertrag auf nationaler und internationaler Ebene. Der Rückgang der Mitgliederzahl konnte gebremst werden.

Wir wollen diese Ansätze weiter fortsetzen: Stabilisierung der Mitgliederzahl und gleichzeitig Arbeit an der Ausgabenseite – auf dem Boden des starken ehrenamtlichen Engagements und der Spendenbereitschaft der IPPNW-Mitglieder.

Wir erhalten immer wieder Rückmeldungen, wie sehr die Arbeit des Vorstands, der Mitarbeitenden und der Regionalgruppenmitglieder geschätzt wird. Spenden werden manchmal ausdrücklich damit begründet und sind daher ein positives Feedback für unsere Arbeit und die damit verbundene Wirksamkeit. Vielen Dank!

Kostenaufteilung 2025 nach Arbeitsbereichen

(ohne Rücklagenverbuchungen, steuerlicher Wirtschaftsbetrieb, Kosten Vermögensverwaltung und Abschreibungen)

Büro / Verwaltung	EUR
Personalkosten	124.400,28
Kosten Geschäftsstelle	52.758,57
sonstige Kosten	47.519,85
(2024 = 251.032,40)	224.678,70

Verein	EUR
Personalkosten	225.767,33
Vorstands-Jahrestreffen/MV-Kosten	26.311,19
Regionalgruppenarbeit	11.608,53
Fundraising	8.036,53
Fukushimaanzeige	44.238,02
Beratungen, Archiv, Fortbildung	33.397,44
(2024 = 353.723,09)	349.359,04

Öffentlichkeitsarbeit	EUR
Personalkosten	97.367,43
IPPNW-Forum	35.124,81
Publikationen / Websites / Sonstiges	2.463,44
(2024 = 230.921,60)	134.955,68

Ausstieg und Energiewende	EUR
Personalkosten	51.453,60
Bündnisarbeit	1.488,76
Trägerkreis Atommüllreport	1.890,00
Sonstige Projekte	6.780,72
(2024 = 53.701,89)	61.613,08

Frieden und Atomwaffen	EUR
Personalkosten	134.858,90

a) Atomwaffen	
80 Jahre Hiroshima & Nagasaki	7.560,74
Sonstige (Camp Nörvenich, Politischer Druck, Atomwaffen A-Z)	9.627,43

b) Krisenregionen	
Palästina/Israel	1.126,65
Ukrainekrieg	1.106,07

c) Veranstaltungen, AK, Kooperationen	
Peace Academy	4.227,43
Sicherheit neu denken	3.623,72
Militarisierung Gesundheitswesen	1.784,43
Sonstiges (AK Süd/Nord, Friedensbewegung stärken, Mittelstreckenwaffen)	7.322,99
(2024 = 107.347,13)	171.238,36

Soziale Verantwortung	EUR
Personalkosten	55.184,71
Global Health Summer School	21.498,12
Türkei-Deutschland 2025	17.077,98
Sonstige (AK Geflüchtete und Asyl, Netzwerkarbeit)	3.039,38
(2024 = 99.882,81)	96.800,19

Internationale Kooperationsprojekte	EUR
Personalkosten	48.989,19
European Work	11.952,69
Weltkongress 2025	12.031,08
Internationale IPPNW	26.557,91
famulieren & engagieren	19.541,46
To Survive is to Resist	24.456,83
Sonstiges (Medical Peace Work, nukleare Kette, Staatenkonferenz)	16.093,70
(2024 = 82.618,60)	159.622,86

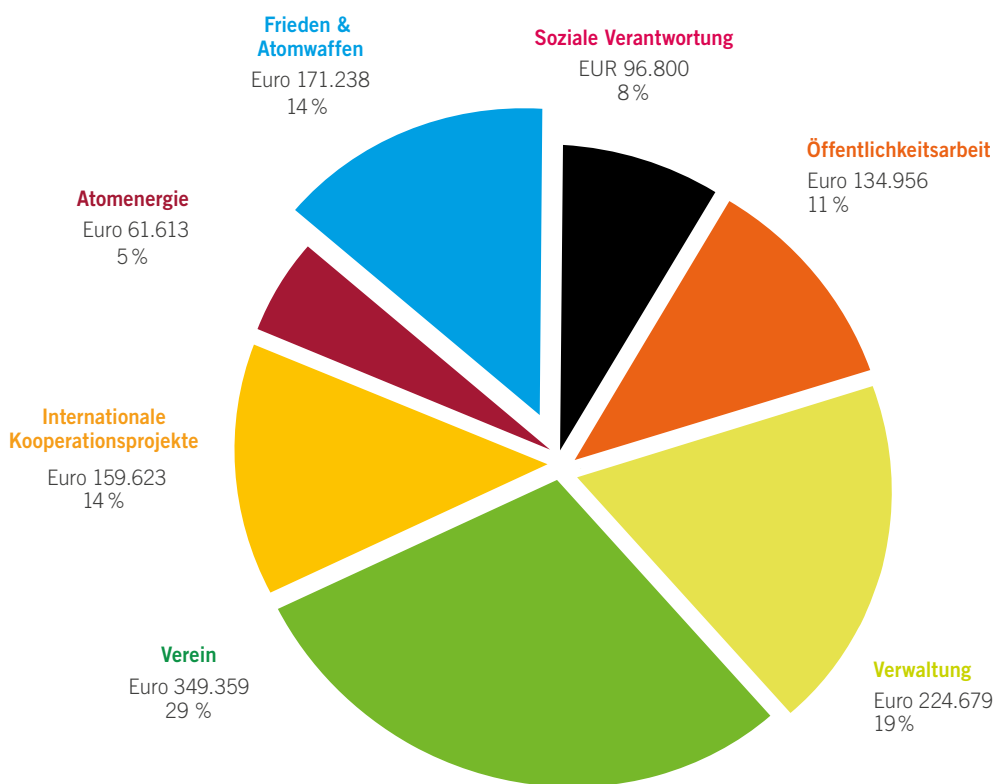
Mitgliederentwicklung

Leider verzeichnen wir auch 2025 einen leichten Rückgang der Gesamtmitgliederzahl.

Mitglieder	31.12.2024	31.12.2025
Ärzt*innen	4.461	4.386
Studierende	422	436
Fördermitglieder	497	504
Insgesamt	5.380	5.326

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva	2025 EUR	2024 EUR	Passiva	2025 EUR	2024 EUR
Anlagevermögen			Eigenkapital		
Grundstücke und Gebäude	1.591.522,54	1.612.753,34	freies Vermögen	414.234,02	544.825,21
Geschäftsausstattung	4.230,22	0,00			
Umlaufvermögen			zweckgebundene Rücklagen		
Forderungen	3.371,79	1.991,37	Instandhaltung Haus Stade	46.165,03	50.730,83
Sonstige Forderungen	880,33	195,85	Betriebsmittelrücklage	240.000,00	240.000,00
Kassen und Bankguthaben	11.773,81	41.722,82	Klage Biblis	3.048,04	5.555,38
			Rücklage KSZMNO	8.507,59	8.507,59
Abgrenzungen	2.850,00	3.166,67	sonstige zweckgebundene Rücklagen	33.964,62	50.496,77
			Summe Eigenkapital	745.919,30	900.115,78
			Rückstellungen		
			sonstige Rückstellungen	9.280,08	20.055,44
			Verbindlichkeiten		
			gegenüber Kreditinstituten	693.388,98	687.491,60
			sonstige Verbindlichkeiten	166.040,33	52.167,23
	1.614.628,69	1.659.830,05		1.614.628,69	1.659.830,05



„Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß auf Ordnungsmäßigkeit beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. [...] Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei unserer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse sind die uns vorgelegten Unterlagen [...] ordnungsgemäß.“

Auszug aus der Plausibilitätsbescheinigung –
Stuttgart, 13. April 2026
Steffen Tietgen, Steuerberater

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

Einnahmen	2025	2024	Ausgaben	2025	2024
	EUR	EUR		EUR	EUR
Beiträge	639.561,74	663.625,21	Gehälter u. soziale Aufwendungen	743.401,51	682.344,78
freie Spenden	244.167,62	176.836,84	Honorare und Fortbildungen	48.058,58	32.820,06
Spenden mit Zweckbindung	125.263,10	142.817,08	Kampagnen u. Unterstützungen	65.140,37	76.314,52
Zuschüsse mit Zweckbindung	53.547,00	42.283,85	Druckkosten	38.766,14	62.530,78
Veranstaltungen (Teilnahmebeiträge)	24.671,01	13.864,05	Kommunikationskosten	81.717,83	95.677,45
Vermächnisse	0,00	0,00	Raumkosten Geschäftsstelle	79.028,82	80.326,56
			Reisekosten	83.713,25	44.396,97
			Recht, Beratung, Abschlussprüfung	15.918,26	20.981,59
			Veranstaltungen	28.262,52	39.150,70
			sonstige Kosten	79.580,55	161.057,62
Mieterträge Haus Stade	3.598,80	11.208,87	Aufwendungen Haus Stade	1.783,05	633,01
Einnahmen Materialverkauf	9.610,62	4.401,73	Aufwendungen Materialverkauf	0,00	500,00
Verbrauch von zweckgeb. Rücklagen	10.775,36	20.825,00	Zuführung zu zweckgeb. Rücklagen	4.444,82	7.208,18
Verbrauch von freien Rücklagen	158.620,45	228.079,59	Zuführung freies Vermögen	0,00	0,00
Einnahmen gesamt	1.269.815,70	1.303.942,22	Ausgaben gesamt	1.269.815,70	1.303.942,22

Vielen Dank!

Ohne Ihre Unterstützung wäre unsere Arbeit nicht möglich



5.325 Mitglieder haben die IPPNW 2025 mit ihrem Jahresbeitrag unterstützt.

6.631 Menschen haben im Jahr 2025 an die IPPNW gespendet – viele Mitglieder zusätzlich zu ihren Jahresbeiträgen.

3.400 Menschen folgen uns auf Instagram (Stand April 2026).

9.860 Menschen folgen uns auf X (ehemals Twitter) – 1.030 auf Bluesky (Stand April 2026).

5.777 Menschen haben uns bei Facebook abonniert, 190 bei LinkedIn (April 2026).

1.793 Menschen haben die Fukushima-Anzeige 2025 mit ihrer Unterschrift und einer Spende unterstützt.

3.300 Menschen haben den IPPNW-Newsletter abonniert und informieren sich regelmäßig über unsere Arbeit.

2.315 Menschen haben den Atomenergie-Newsletter abonniert.

737 Menschen haben unsere Pressemitteilungen abonniert.

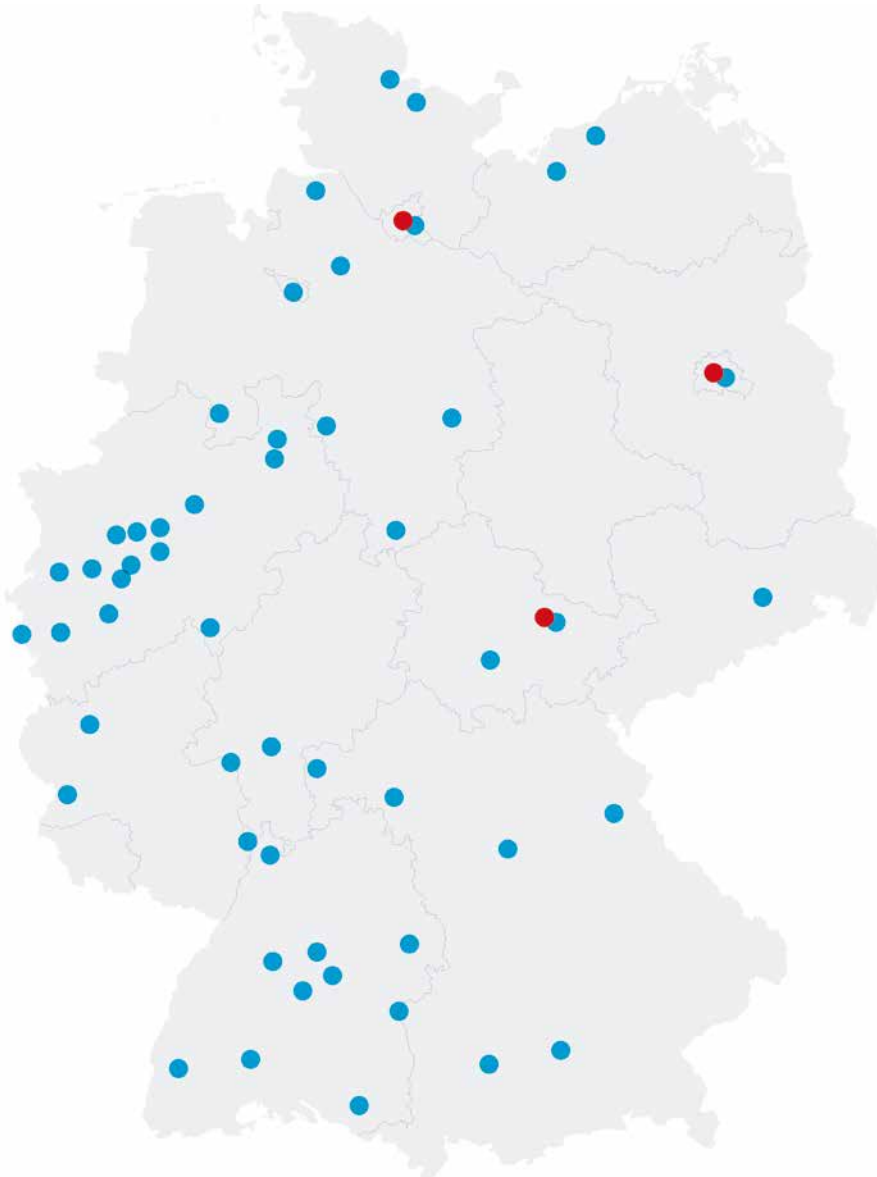
150 Menschen haben am IPPNW-Jahrestreffen in Berlin teilgenommen.

65 Menschen engagieren sich als Ansprechpartner*innen für die IPPNW-Regionalgruppen.

3 IPPNW-Studierendengruppen treffen sich regelmäßig, um sich auszutauschen und Veranstaltungen zu planen.

Überall in Deutschland aktiv

Regional- und Studierendengruppen der IPPNW



Nürtingen
Oberberg
Osnabrück
Ostwestfalen
Ravensburg
Rostock
Rotenburg/Wümme
Sachsen
Schwarzwald-Baar-Heuberg
Siegen-Olpe-Wittgenstein
Solingen
Stuttgart
Trier
Tübingen
Ulmer Ärzteinitiative
Vulkaneifel
Weiden
Wuppertal
Würzburg

Studigruppen

Berlin
Hamburg
Jena

IPPNW-Regionalgruppen

Aachen	Düren	Hagen	Landsberg am Lech
Aalen	Düsseldorf	Hamburg	Mainz-Wiesbaden
Aschaffenburg	Eckernförde	Hamm / Soest	Mannheim
Berlin	Essen	Heidelberg	Mecklenburg-Vorpommern
Bochum	Frankfurt/Main	Herford	Mönchengladbach
Braunschweig	Freiburg	Ilmenau	München
Bremen	Gießen / Mittelhessen	Jena / Gera	Nürnberg-Fürth-Erlangen
Calw	Göttingen	Kiel	
Dortmund	Hadeln-Kehdingen	Köln	

Arbeitskreise

AK Atomenergie

engagiert sich für Atomausstieg und Energiewende in Europa, klärt über die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl und Fukushima und die Verbindungen zwischen militärischer und ziviler Nutzung von Atomenergie auf, mischt sich in die Debatten um Energie- und Klimapolitik, den AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung ein. **Kontakt:** Dr. Jörg Schmid, joerg-schmid@gmx.net

AK ICAN – atomwaffenfrei

widmet sich dem Gründungsthema der IPPNW: der Verhinderung eines Atomkrieges durch die Abschaffung aller Atomwaffen. Als Ärzt*innen bringen wir die humanitären Folgen von Atomwaffen in die Debatte und arbeiten eng in der globalen Kampagne ICAN für ein Atom-

waffenverbot mit. **Kontakt:** Juliane Hauschulz, hauschulz@ippnw.de

AK Geflüchtete & Asyl

tauscht sich über gesundheitliche Aspekte von Migrations- und Asylpolitik und die Arbeit mit Geflüchteten aus, erstellt Materialien und Publikationen, arbeitet aktuell zum Menschenrecht auf Gesundheit und dem Themenkomplex Abschiebungen und Krankheit. Vertretung im Forum Menschenrechte und in der BAG Pro Asyl. **Kontakt:** Anne Jurema, jurema@ippnw.de

AK Menschenrechte Türkei

ist ein interdisziplinärer Arbeitskreis. Er unterhält seit 1996 Kontakte zu Menschenrechtler*innen in der Türkei und unternimmt jährliche Reisen in die kurdischen Gebiete im Südosten

des Landes. Inzwischen organisiert er auch Gegenbesuche von kurdischen Partner*innen in Deutschland. **Kontakt:** Gisela Penteker, g.penteker@gmail.com

AK Süd-Nord

ist der nord-süd-friedenspolitische Arbeitskreis der IPPNW. Aufgrund der engen Verflechtungen mit der Ost-West-Dimension hatte er diese schon vor dem jetzigen Ukrainekrieg mit auf die Agenda genommen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Frage nach den Ursachen der existentiellen Krisen unserer Zeit – Krieg und Naturzerstörung – im Gesellschaftsmodell der neoliberalen Globalisierung, sowie die Frage nach der Rolle der Medien bei der Verschleierung dieser Zusammenhänge und als Kriegstreiber.

Kontakt: Barbara Schwegler, b.schwegler@posteo.de

Vorstand

Dr. Angelika Claußen

(Co-Vorsitz), Ärztin für Psychiatrie/ Psychotherapie, Bielefeld

Dr. Lars Pohlmeier

(Co-Vorsitz), Internist, Bremen

Susanne Grabenhorst

(Schatzmeisterin), Psychiaterin und Ärztin für Psychosomatische Medizin, Mönchengladbach

Franca Brügggen

Assistenzärztin

in der Pädiatrie, Berlin

Dr. Christoph Dembowski

Facharzt für Kinder- und Jugend-

medizin, Rotenburg / Wümme

Dr. Robin Maitra, MPH

Internist und Hausarzt, Ludwigsburg

Dr. Uwe Trieschmann

Anästhesist, Köln

Dr. Caroline Wolf

Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie,

Palliativmedizin, Konstanz

Dr. Helmut Lohrer

(International Councillor)

Arzt für Allgemeinmedizin,

Villingen-Schwenningen

Hesam Jozvebayat

(stellvertr. International Councillor)

Medizinstudent, Hamburg

Ehrenvorsitzender:

Prof. Dr. Ulrich Gottstein (†)

Chefarzt für Innere Medizin i.R.,

Frankfurt



Geschäftsstelle

Angelika Wilmen, Geschäftsstellenleitung, wilmen@ippnw.de, 030 698 074-13

Dr. Caroline Kann, Geschäftsstellenleitung, kann@ippnw.de, 030 698 074-12

Rainer Kleemann, Mitgliederbetreuung,

Teamassistent, kleemann@ippnw.de,

030 698 074-16

Sotiria Friligkou, Datenadministration,

Fundraising, friligkou@ippnw.de,

030 698 074-11

Dr. Christoph Neeb, Finanzen,

neeb@ippnw.de, 030 698 074-18

Franz Plews, Bundesfreiwilliger,

bufdi@ippnw.de

Maximilian Ziemann, Bürotechnik

Referent*innen:

Juliane Hauschulz, Atomwaffen, hauschulz@ippnw.de, 030 698 074-12

Anne Jurema, Soziale Verantwortung,

jurema@ippnw.de, 030 698 074-17

Kayra Hohmann Akbulak, Mitarbeiterin

Soziale Verantwortung, hohmann@ippnw.de

Patrick Schukalla, Atomenergie und

Energiewende, schukalla@ippnw.de,

030 698 074-20

Angelika Wilmen, Frieden,

wilmen@ippnw.de, 030 698 074-13

Laura Wunder, Frieden und Klima,

wunder@ippnw.de, 030 698 074-19

Öffentlichkeitsarbeit:

Marek Voigt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, voigt@ippnw.de, 030 698 074-15

Regine Ratke, Samantha Staudte

Öffentlichkeitsarbeit, IPPNW-Forum, ratke@ippnw.de / staudte@ippnw.de

030 698 074-14 / -24

IPPNW regional

Aachen: ippnw.de/bit/aachen

Bremen: ippnw.de/bit/bremen

Dortmund: ippnw.de/bit/dortmund

Mecklenburg-Vorpommern:

ippnw-mv.info

Mönchengladbach-Viersen:

ippnw-moenchengladbach-viersen.de

Nürnberg: ippnw-nuernberg.de

Ostwestfalen: ippnw.de/bit/bielefeld

Trier: ippnw-trier.de

Ulmer Ärzteinitiative: ippnw-ulm.de

IPPNW international

IPPNW Europa

www.ippnw.eu

IPPNW Central Office

339 Pleasant Street, Malden, USA

ippnwbos@ippnw.org • ippnw.org

IPPNW Geneva Liaison Office

Campus Biotech, 15 av. de Sécheron

1202 Genf, Schweiz

ippnw-glo@ippnw.org • ippnw-glo.org